



Newsletter des Referats für Internationales, EU und Daseinsvorsorge

(Ausgabe 15. September 2020)

Inhalt

(Die einzelnen Kapitel können auch direkt angeklickt werden.)

1. Schwerpunkte der EP-Plenartagung vom 14. – 17. September 2020	1
2. Rechtsstaatlichkeit: Parlament für mehr Druck auf Polen	2
3. EU-Kommission veröffentlicht erste strategische Vorausschau	2
4. Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.....	3
5. Europäische Umweltbehörde stellt Gesundheitsbericht vor	4
6. Amazons unkontrollierte Macht ist eine Bedrohung für das europäische Sozialmodell	5
7. 554. Plenartagung des EWSA, 16. – 18. September	6
8. IGB-Generalsekretärin auf der Tagung zur Finanzierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung	6
9. Weltweite Umfrage des IGB 2020 macht deutlich, wie dringend notwendig ein neuer Sozialvertrag ist	8

1. Schwerpunkte der EP-Plenartagung vom 14. – 17. September 2020

Im Rahmen der von 14. – 17. September 2020 stattfindenden Plenartagung des Europäischen Parlaments stehen u. a. folgende Themen auf der Tagesordnung:

Rede zur Lage der Union von Kommissionspräsidentin von der Leyen

In der Folge der Corona- und der Wirtschaftskrise werden die Abgeordneten eine Bilanz der bisherigen Leistungen der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen ziehen.

[Für mehr Information.](#)

EU-Eigenmittel: Abgeordnete wollen Weg für Corona-Aufbauplan frei machen

Die Abgeordneten wollen das Verfahren beschleunigen, das es der EU ermöglicht, 750 Milliarden Euro für das Konjunkturprogramm "Next Generation EU" an den Finanzmärkten aufzunehmen.

Stärkung des Katastrophenschutzverfahrens der EU nach 2020

Die Abgeordneten wollen eine Verbesserung des EU-Katastrophenschutzverfahrens fordern, damit die Union besser auf Notsituationen größeren Ausmaßes wie Corona reagieren kann.

EU-Unterstützung der von der Energiewende am stärksten betroffenen Regionen

Das Parlament wird seinen Standpunkt für die Verhandlungen mit dem Rat über die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang annehmen.

Corona: Harmonisierung von Testverfahren und Risikoeinstufung in EU-Ländern

Die Abgeordneten debattieren mit Rat und Kommission über die mangelnde Koordinierung von Corona-Tests zur Bewertung von Risiken und entsprechenden Folgen für den Schengen-Raum.

Aufbauplan für stark getroffenen europäischen Kultursektor

Abstimmung über eine Entschließung zur Forderung einer EU-Unterstützung für den Wiederaufbau des europäischen Kultursektors, der von der Coronakrise stark getroffen wurde.

PKW-Emissionen sollen EU-Grenzwerte unter realen Fahrbedingungen einhalten

Um sicherzustellen, dass PKW ab September 2022 die EU-Grenzwerte für NOx-Emissionen unter realen Fahrbedingungen einhalten, wird das Parlament über überarbeitete Prüfvorschriften abstimmen.

Weitere Themen:

- Engpässe bei Arzneimitteln und Umgang mit einem sich abzeichnenden Problem, *Bericht Colin-Oesterlé, Abstimmung Donnerstag*
- Die Rolle der EU beim Schutz und der Wiederherstellung der Wälder in der Welt – *Bericht: Stanislav Polčák, Abstimmung Dienstag*
- Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt – *Entschließung, Abstimmung Donnerstag*
- Brand im Flüchtlingslager Moria, *Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte, Debatte Donnerstag*
- Rechtsstaatlichkeit in Polen, *Entschließung, Abstimmung Donnerstag*
- Lage im östlichen Mittelmeer, *Erklärung des EU-Außenbeauftragten, Abstimmung Donnerstag*
- Lage in Russland, Belarus, Libanon – *Erklärungen des EU-Außenbeauftragten, Abstimmung Donnerstag*

- Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Georgien – *Bericht: Sven Mikser, Abstimmung Mittwoch*
- Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern – *Erklärungen des Rates und der Kommission*
- Verordnung zur Festlegung von Maßnahmen für einen nachhaltigen Eisenbahnmarkt in Anbetracht der COVID-19-Pandemie, *Abstimmung im Dringlichkeitsverfahren (Artikel 163), Abstimmung Montag, und über die Verordnung am Donnerstag*
- Maximierung des Energieeffizienzpotenzials des Gebäudebestands der EU – *Bericht: Ciarán Cuffe*

[Für mehr Information.](#)

[Live-Stream zur Sitzung.](#)

2. Rechtsstaatlichkeit: Parlament für mehr Druck auf Polen

Abgeordnete des Europaparlaments haben eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit in Polen angemahnt und mehr Druck auf die konservative Regierung des EU-Staats gefordert.

Trotz mehrerer Anhörungen von Vertretern der polnischen Regierung, Aussprachen in Ausschüssen und alarmierender Berichte mehrerer internationaler Organisationen habe es bisher keine großen Fortschritte gegeben, kritisierte Berichterstatter Juan Fernandez Lopez Aguilar gestern im Plenum in Brüssel bei der Vorstellung eines Zwischenberichts. Darin fordern die EU-Parlamentarier unter anderem erneut einen zusätzlichen EU-Mechanismus, um auf die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu pochen.

Jourova: Entwicklungen in Polen „besorgniserregend“

EU-Kommissionsvize Vera Jourova nannte die jüngsten Entwicklungen in Polen besorgniserregend. Das Land steht vor allem wegen einer umstrittenen Justizreform und „LGBTI-freier Zonen“ in der Kritik. Zu solchen Zonen hatten sich mehrere polnische Kommunen erklärt. LGBTI steht für Homosexuelle, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle. Die Vorsitzende des Ausschusses für die Gleichstellung der Geschlechter im Europaparlament, SPÖ-Abgeordnete Evelyn Regner, betonte im Plenum, dass die Vergabe von EU-Geld dringend an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden müsse.

Der Rechtsstaatsmechanismus soll nach dem Willen des Parlaments eine größere Rolle im mehrjährigen EU-Haushalt spielen. Länder wie Ungarn und Polen, denen Verstöße vorgeworfen werden, wehren sich jedoch vehement dagegen. Der polnische rechtskonservative Abgeordnete Patryk Jaki warf der EU in der Debatte vor, mit zweierlei Maß zu messen. Die Ernennung von Richtern erfolge in Spanien etwa nach dem gleichen Prinzip, aber werde nur in Polen kritisiert, so Jaki.

Die EU-Abgeordneten werden während der ersten Sitzung nach der Sommerpause am Donnerstag über ihren Standpunkt zu dem Zwischenbericht abstimmen. Wegen der Coronavirus-Pandemie tagen die EU-Politiker in Brüssel und nicht wie gewohnt im französischen Straßburg. Die Abstimmungen erfolgen per E-Mail.

3. EU-Kommission veröffentlicht erste strategische Vorausschau

Weichenstellung für ein widerstandsfähigeres Europa

Die Europäische Kommission hat vergangene Woche ihre erste [„strategische Vorausschau“](#)

angenommen. In dem knapp 40-seitigen Dokument sollen die neuen Herausforderungen und Chancen ermittelt werden, damit die strategischen Entscheidungen der Europäischen Union besser gesteuert werden können.

Wichtige Rolle der Sozialpartner wird anerkannt

Unter dem Titel „die soziale und wirtschaftliche Dimension“ bezieht sich das Papier auf die Fähigkeit, wirtschaftliche Schocks zu bewältigen und einen langfristigen Strukturwandel auf faire und integrative Weise zu erreichen. Das bedeutet, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für eine Erholung zu schaffen, die auf gerechte Übergänge ausgerichtet ist, in denen der soziale und regionale Zusammenhalt gefördert wird und die am stärksten gefährdeten Menschen in der Gesellschaft, unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und im Einklang mit der europäischen Säule sozialer Rechte, unterstützt und gefördert werden. Die Kommission unterstreicht, dass durch den sozialen Dialog die Sozialpartner zu einem nachhaltigen und integrativen Wachstum beigetragen haben. Menschen in der gesamten EU haben Zugang zu Bildungs- und Sozialschutzmaßnahmen wie Kranken- und Arbeitslosengeld, Familienurlaub und flexible Arbeitsregelungen. Das Kommissionspapier stellt an weiterer Stelle fest, dass obwohl dieses Modell (stark) unter Druck gesetzt wurde, es trotzdem eine Schlüsselrolle bei der Abfederung der Auswirkungen der Krise gespielt hat, beispielsweise durch die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Aufrechterhaltung der Unternehmen.

EGB fordert Einbeziehung der Sozialpartner in die strategische Vorausschau

Der EGB-Generalsekretär Luca Visentini kommentierte den ersten Bericht der Europäischen Kommission über die strategische Vorausschau wie folgt: „Der EGB unterstützt jede politische Initiative, die dazu beiträgt, Veränderungen auf nachhaltige, faire und demokratische Weise zu bewältigen. Eine längerfristige Perspektive ist nützlich, insbesondere, wenn sie zu neuen Strategien führt, die konsequent zu einer gerechteren und integrativeren Gesellschaft beitragen. Eine Verschiebung von der aktuellen BIP-basierten Darstellung der Messung des Fortschritts hin zu einer auf das Wohlbefinden ausgerichteten Darstellung wird vom EGB begrüßt, da dies eine seit Langem bestehende Forderung ist. Der EGB wird sich bemühen, die Einbeziehung der Gewerkschaften in diesen Prozess sicherzustellen und darauf zu achten, dass das Wohlergehen der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien stets im Vordergrund der EU-Politikgestaltung steht“.

Wie geht es weiter?

Die strategische Vorausschau 2020 und die Vorausschauen in den kommenden Jahren sollen in der alljährlichen Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union sowie in die Arbeitsprogramme der Kommission einfließen.

Für mehr Information siehe [hier](#) und [hier](#).

4. Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Die [zweite Reihe von Anhörungen](#) in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments hat nun in der ersten Septemberwoche stattgefunden.

Einige Informationen zu den einzelnen Anhörungen in den fachspezifischen Ausschüssen:

- **Konstitutionelle Fragen:** Michael Roth, Staatsminister für Europa, betonte, dass bei der Konferenz über die Zukunft Europas die Bürger im Mittelpunkt stehen sollen. Ebenso wurden

die künftige Beziehung zwischen der EU und Großbritannien, das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments und die Reform des Wahlrechts debattiert.

- **Kultur und Bildung:** Monika Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, erklärte, dass die Bewältigung der Folgen von Covid-19 für die Kultur in den kommenden Monaten eine Priorität für die EU sei. Die Abgeordneten im Ausschuss forderten unter anderem angemessene Finanzierung von Erasmus+ innerhalb des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027.
- **Wirtschaft und Währung:** Olaf Scholz, Bundesfinanzminister, antwortete auf Nachfrage der Abgeordneten, dass er die Schwerpunkte auf das Aufbaupaket der EU und die neue Eigenmittel-Regelung zur Finanzierung des Aufschwungs der EU legt.
- **Internationaler Handel:** Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, unterstrich, dass die laufenden Handelsverhandlungen zwischen den EU-Institutionen über die Durchsetzungsverordnung und über Produkte mit doppeltem Verwendungszweck abzuschließen seien. Ebenso wurden die Reform der WHO, das Investitionsabkommen mit China und die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA thematisiert.
- **Fischerei:** Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, untermauerte, dass die Erzielung einer politischen Einigung über den zukünftigen Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) „oberste Priorität“ sei.
- **Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres:** Christine Lambrecht, Bundesjustizministerin, erklärte, dass sich die EU-Ratspräsidentschaft darauf konzentrieren wird, die „Widerstandsfähigkeit der Justizsysteme“ durch Digitalisierung zu erhöhen.
- **Entwicklung:** Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, erläuterte, dass die zwei Schwerpunkte im humanitären Bereich sich aus vorausschauenden humanitären Maßnahmen im Krisenmanagement sowie der Einhaltung des humanitären Völkerrechts zusammensetzen.

5. Europäische Umweltbehörde stellt Gesundheitsbericht vor

Sozial schwache Gruppen am stärksten von negativen Umwelteinflüssen und COVID-19 betroffen

Die Europäischen Umweltagentur (EUA) hat diese Woche einen [Bericht](#) vorgestellt, in dem sie die Auswirkungen von Umwelteinflüssen auf Gesundheit und Wohlbefinden analysiert. Danach sind 13% aller Todesfälle auf schlechte Umweltqualität zurückzuführen. Am stärksten betroffen sind sozial benachteiligte Gruppen. Laut Studie kämpfen sie typischerweise mit einer „Dreifachbelastung aus Armut, niedriger Umweltqualität und Krankheit“. Ärmere Gemeinschaften sind oft höheren Graden an Verschmutzung, Lärm und hohen Temperaturen ausgesetzt, während vorbestehende Erkrankungen die Anfälligkeit gegenüber umweltbedingten Gesundheitsrisiken erhöhen. Die EUA betont, dass ein integrierter Ansatz für die Umwelt- und Gesundheitspolitik notwendig ist, um Umweltrisiken zu bekämpfen, die am stärksten gefährdeten BürgerInnen zu schützen und den Nutzen, den die Natur bei der Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden hat, vollständig zu erkennen.

Soziale Benachteiligung in der COVID-Krise

Die Gesundheitsstudie setzt sich auch mit der COVID-Krise auseinander. Arbeitsbedingungen werden als wesentlicher Risikofaktor identifiziert. Die EUA verweist dabei auf eine Erhebung aus Schweden.

Während COVID-19-Tests von BewohnerInnen einkommensstarker Gegenden Stockholms nur in 4,1% der Fälle positiv waren, lag die Quote in ärmeren Wohnbezirken mit 30% wesentlich höher. Ein ähnliches Ergebnis liefern Daten über Barcelona, dort war die Erkrankungsquote in den ärmsten Bezirken 2,5-mal höher als in den reichsten.

Zurückgeführt wird dies auf unzureichenden Wohnraum und ein beengtes Arbeitsumfeld. Darüber hinaus können niedriger bezahlte Tätigkeiten in wesentlich geringerem Ausmaß von zu Hause aus erledigt werden. Mangels finanzieller Rücklagen stehen einkommensschwache Personen laut EUA außerdem unter größerem Druck, bei Krankheit weiter zu arbeiten. Dadurch verschärfen sich Verbreitung und Krankheitsverlauf.

[Für mehr Information.](#)

6. Amazons unkontrollierte Macht ist eine Bedrohung für das europäische Sozialmodell

Um aufzuzeigen, wie marktbeherrschende Online-Plattformen ihre enorme Marktmacht nutzen, um Steuern zu vermeiden, kleine und mittlere Unternehmen unter Druck zu setzen, Preisdumping zu betreiben und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, legten UNI Global Union und UNI Europa der Europäischen Kommission unter Verwendung des Beispiels Amazon ein umfassendes Paket von Empfehlungen vor, um sicherzustellen, dass das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) die ArbeitnehmerInnenrechte schützt und das europäische Sozialmodell aufrechterhält. Um dies zu erreichen, sollte das DSA nach Ansicht der Gewerkschaftsverbände die beherrschende Stellung multinationaler digitaler Konglomerate beschneiden.

Das Grundsatzpapier, das als einer der drei Beiträge von UNI Europa zur Konsultation der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, beschreibt, wie die wettbewerbsfeindlichen Praktiken und die niedrigeren Arbeitsnormen Amazons eine Bedrohung für den Markt darstellen, auf dem der Technikgigant tätig ist, und das europäische Sozialwirtschaftsmodell untergraben, das die europäischen Institutionen aufrechtzuerhalten haben. Das explosive Wachstum von Amazon hat auch die berüchtigte gewerkschaftsfeindliche Haltung des Unternehmens weltweit offenbart. Nach Jahren der unzureichenden Durchsetzung oder ineffizienten Anwendung der bestehenden Wettbewerbsgesetze hat die kombinierte und massiv ausgebeutete Marktmacht einer kleinen Anzahl von übermäßig dominanten Gatekeepern zu einem globalen Erwachen zugunsten der Regulierung dieser mächtigen Konglomerate geführt, um Marktstörungen zu korrigieren und sicherzustellen, dass Verkäufer, VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen gleichermaßen davon profitieren.

„Amazon ist Beispiel A dafür, warum wir eine starke Regulierung brauchen, um der wachsenden Marktmacht der Big Tech-Akteure, insbesondere der GAFA-Gruppe (Google, Amazon, Facebook und Apple), entgegenzuwirken. Wir fordern die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass künftige Generationen von freien und wettbewerbsfähigen Online-Märkten profitieren, aber auch, dass die Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen nicht durch eine Handvoll Mammutunternehmen verschlechtert werden, die das europäische Sozialpartnerschaftsmodell über Bord werfen können“, sagte Oliver Roethig, UNI-Europa-Regionalsekretär.

„Es gibt zahlreiche, ernsthafte Wettbewerbs- und soziale Bedenken, die nur durch gezielte Regulierung wirksam angegangen werden können. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Kommission Regeln erlässt, die die Ziele einer sozialen Marktwirtschaft fördern. Dazu gehört die direkte oder indirekte Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte“, so Roethig weiter.

Mit dem Digital Services Act versucht die EU, das Online-Ökosystem zu regulieren und die E-Commerce-Richtlinie aus dem Jahr 2000 zu aktualisieren. Über den vollständigen Geltungsbereich

des Pakets wird derzeit verhandelt, aber es wird sowohl Inhalte und Nutzermoderation als auch neue Wettbewerbsregeln für so genannte Gatekeeper-Plattformen umfassen. Die Europäische Kommission wird ihre Pläne voraussichtlich im Dezember 2020 vorlegen. Öffentliche Konsultationen zu den Plänen liefen bis 8. September.

„Mit einem Digital Services Act, der die Menschen – und nicht multinationale Technologieunternehmen – an die erste Stelle setzt, wird die Europäische Union ihre Führungsrolle in dem dringenden globalen Drängen verstärken, das Wachstum und die Monopolmacht von Amazon und anderen riesigen digitalen Plattformen einzudämmen. In Europa und auf der ganzen Welt setzen diese Unternehmen hart arbeitende Menschen unter Druck und horten unsere Daten, während nur wenige davon profitieren“, sagte Christy Hoffman, UNI Global-Generalsekretärin. „Es ist jetzt an der Zeit, dem DSA die Zähne zu geben, die er braucht, um den ‚digitalen Wilden Westen‘ zu überwachen und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen“.

Als Vertretung von mehr als 20 Millionen ArbeitnehmerInnen in 150 Ländern – einschließlich der 7 Millionen ArbeitnehmerInnen von UNI Europa, der europäischen Gewerkschaft der DienstleistungsarbeiterInnen – wird UNI Global Union von der Verantwortung angetrieben, dafür zu sorgen, dass Qualifikationen und Dienstleistungsarbeitsplätze menschenwürdige Arbeitsplätze sind und dass die ArbeitnehmerInnenrechte geschützt werden, einschließlich des Rechts auf gewerkschaftliche Vertretung und Tarifverhandlungen.

7. 554. Plenartagung des EWSA, 16. – 18. September

Diese Woche findet die 554. Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) statt.

Dabei stehen u.a. folgende Punkte auf der Tagesordnung:

- Erklärung von Milena Angelova, Vizepräsidentin des EWSA, zur Haushaltslage des EWSA zum Ende der Mandatsperiode 2018-2020
- Erklärung von Isabel Caño Aguilar, Vizepräsidentin des EWSA, zur Bilanz der Kommunikationspolitik des EWSA zum Ende der Mandatsperiode 2018-2020
- Erklärung von Luca Jahier, Präsident des EWSA, zur Bilanz der Mandatsperiode 2018-2020
- Videobotschaft von Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission
- David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments
- Rede von Klara Dobrev, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
- Videobotschaft von Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission

In der nächsten Ausgabe dieses Newsletters wird ausführlich über die Plenartagung berichtet werden.

[Für mehr Information.](#)

8. IGB-Generalsekretärin auf der Tagung zur Finanzierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow sprach auf der von den Vereinten Nationen und den Finanzministern Kanadas und Jamaikas einberufenen Tagung der FinanzministerInnen zum Thema „Finanzierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in der Ära von COVID-19 und darüber hinaus“.

Seit der hochrangigen Veranstaltung zum Thema „Entwicklungsfinanzierung in der Ära von COVID-19 und darüber hinaus“ am 28. Mai beteiligte sich der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) an dem Prozess, der darauf abzielte, politische Maßnahmen für die FinanzministerInnen voranzubringen, um der Krise zu begegnen und die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) längerfristig zu erreichen. An dem Treffen der FinanzministerInnen – das erste seiner Art bei der UNO überhaupt – nahmen mehr als 60 Länder und Institutionen sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft und des Privatsektors teil.

Die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, betonte, dass der IWF die Verwendung von globalen Reservefonds oder Sonderziehungsrechten (SZR) und die Ausweitung von Swap-Linien für größere soziale Investitionen in Entwicklungsländern ausweitet. Generell wurde die Verlängerung der G20-Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes (Debt Service Suspension Initiative, DSSI) bis 2021 stark unterstützt, um den ärmsten Ländern eine Aussetzung des Schuldendienstes zu gewähren.

Die Leiterin der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) unterstrich zusammen mit der Afrikanischen Union nachdrücklich die Frage der Schuldendienstzahlungen, die sich zu einem regressiven Transfer von den Entwicklungsländern zu den Industrieländern entwickeln und die Liquidität und finanzielle Stabilität ernsthaft gefährden: „Die makroökonomischen Grundlagen müssen erhalten bleiben, aber wir können nicht zu Sparmaßnahmen zurückkehren“, sagte sie. Dies wurde von der Exekutivdirektorin der ECLAC aufgegriffen, die die Notwendigkeit der Einbeziehung von Ländern mit mittlerem Einkommen unterstrich, deren Zahlungsunfähigkeit schreckliche Folgen auslösen könnte: Die globale Finanzstabilität ist „ein öffentliches Gut“, sagte sie und betonte die Notwendigkeit der Beteiligung und die Verantwortung privater Gläubiger.

Mehrere TeilnehmerInnen drängten auf die Notwendigkeit, Einnahmeverluste von Ländern aufgrund von Steuerhinterziehung, Korruption und anderen illegalen Finanzströmen anzugehen.

Die Europäische Union – federführend beim Thema „besserer Wiederaufbau im Interesse der Nachhaltigkeit“ – betonte die Rolle der Finanzpolitik bei der Unterstützung der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), einschließlich der Ausweitung des Sozialschutzes sowie von Investitionen in den Klimawandel durch Finanzinstrumente wie grüne Anleihen.

Sharan Burrow rief die FinanzministerInnen dazu auf, Schritte in Hinblick auf folgende Prioritäten zu setzen:

1. Zentrale Rolle von Arbeitsplätzen in Hinblick auf Nachhaltigkeit: 400 Millionen verlorene Arbeitsplätze und 1,6 Milliarden informellen ArbeitnehmerInnen; In diesem Zusammenhang sollte jede Form der Ausweitung des Schuldenerlasses von der Umsetzung der SDGs abhängig gemacht werden, ebenso wie von Investitionen, die „auf die produktive Wirtschaft ausgerichtet sein sollten, und wir müssen die Parameter zu diesem Zweck verschieben“, sagte sie.
2. Ausweitung des Sozialschutzes: Heute können 70% der Weltbevölkerung nicht auf die Sicherheit des Sozialschutzes zählen. Wir brauchen einen globalen Mechanismus, um den bedürftigsten Ländern zu helfen, den Schutz in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten und auszuweiten und Widerstandsfähigkeit aufzubauen.
3. Dies sind die Säulen für einen Neuen Sozialvertrag, den die Gewerkschaften weltweit auf der Grundlage der SDGs und der IAO-Erklärung über die Zukunft der Arbeit fordern.

Die politischen Optionen werden den Staats- und Regierungschefs bei einem Folgetreffen am 29. September 2020 vorgestellt, um konkrete Lösungen voranzubringen.

Für mehr Information siehe [hier](#) und [hier](#).

9. Weltweite Umfrage des IGB 2020 macht deutlich, wie dringend notwendig ein neuer Sozialvertrag ist

Die im Auftrag des 200 Millionen Mitglieder zählenden Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) durchgeführte [Weltweite Umfrage 2020](#) zeigt, dass erwerbstätige Menschen und ihre Familien bereits vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, die die Welt zum Stillstand gebracht hat, kaum genug zum Leben hatten.

Aus der Umfrage geht hervor, dass arbeitende Menschen mit weltweiten Lohneinbrüchen zu kämpfen haben: Drei Viertel (75%) geben an, dass ihr Einkommen etwa gleich viel gestiegen oder hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist.

„Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie kommen zu einer bereits zuvor existierenden Krise aufgrund niedriger Löhne und unsicherer Arbeitsplätze hinzu. Jede zweite befragte Person verfügt über keine finanziellen Rücklagen, kann nichts für künftige harte Zeiten zurücklegen und ist auf jede Lohnzahlung angewiesen, um zu überleben. Ohne Ersparnisse oder ein Sicherheitsnetz standen Millionen Menschen zu Beginn der Pandemie vor der Wahl, zu arbeiten oder zu verhungern“, erklärt Sharan Burrow, die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Die vom IGB in Auftrag gegebene Umfrage wurde von dem internationalen Marktforschungsunternehmen YouGov in 16 Ländern durchgeführt, in denen 56% der Weltbevölkerung leben.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2020 wurde vor der Ausbreitung von COVID-19 durchgeführt und gibt einen nüchternen Einblick in eine prekäre Welt voller Angst um den Arbeitsplatz und ohne Vertrauen in die Regierungen, wobei die Mehrheit der Menschen ganz klar Veränderungen fordert.

Die Ergebnisse der zwischen Februar und März 2020 in Argentinien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Kanada, Chile, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Japan, Russland, Südafrika, Südkorea, dem Vereinigten Königreich und den USA durchgeführten Umfrage sind eine Warnung an die Regierungen, dass sie mit den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass die Wiederaufbaupläne Vertrauen schaffen und für Resilienz sorgen.

Mehr als zwei Drittel der Menschen sind besorgt über den Klimawandel (69%), die wachsende Ungleichheit (69%), den Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten im Internet (69%) und den Verlust des Arbeitsplatzes (67%). Diese Besorgnis kommt zu einer Zeit Anfang 2020, zu der jede zweite befragte Person (52%) die Wirtschaftslage ihres eigenen Landes für schlecht hielt.

Die Menschen fühlen sich machtlos, wobei zwei von drei Befragten (66%) in allen berücksichtigten Ländern der Ansicht sind, dass Menschen wie sie nicht genügend Einfluss auf die Weltwirtschaft haben. Fast ebenso viele (63%) glauben, dass erwerbstätige Menschen zu wenig Einfluss haben. Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der Menschen der Ansicht, dass das reichste Prozent (65%) und Firmeninteressen (57%) zu viel Einfluss haben.

Diese Meinungen gipfeln in der Überzeugung von nahezu drei Viertel der Befragten (71%), dass das Wirtschaftssystem ihres Landes die Reichen begünstigt. Dieser Ansicht ist die Mehrheit der Menschen in jedem bei der Umfrage berücksichtigten Land, woraus der weltweite Bruch des Sozialvertrages hervorgeht.

Die Umfrage macht die große Unsicherheit mit Blick auf das Familieneinkommen und die Sicherheit des Arbeitsplatzes sowie das Gefühl der Menschen deutlich, die Kontrolle über ihre Arbeit und ihr Einkommen verloren zu haben:

- Annähernd die Hälfte der Menschen (42%) hält es für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine menschenwürdige Arbeit findet.
- Mehr als ein Drittel der Menschen (39%) geben an, dass entweder sie selbst oder jemand in ihrem Haushalt in den letzten beiden Jahren arbeitslos gewesen ist oder auf Kurzarbeit gesetzt wurde.
- Drei Viertel (76%) glauben nicht, dass der Mindestlohn für ein menschenwürdiges Leben ausreicht.
- Ein Drittel (33%) der Menschen hat weniger Kontrolle bei der Suche nach einer menschenwürdigen Arbeit.
- Mehr als ein Viertel (28%) hat weniger Kontrolle über ihre Arbeitszeit.

„Die Verzweiflung der Menschen hat einen massiven Vertrauensverlust in die Demokratie als Institution zur Folge. Jede dritte befragte Person ist wütend oder verzweifelt, wenn es darum geht, ob sie das Gefühl hat, dass ihre Regierung auf sie hört und auf die Bedürfnisse ihrer Familie eingeht. Die Wiederherstellung dieses Vertrauens wird ein Engagement seitens der Regierungen gegenüber den Menschen erfordern, um eine Zukunft zu ermöglichen, die auf ganz anderen Prioritäten basiert als bisher.

Die Forderung nach Veränderungen sowie nach Arbeitsplätzen, Klimaschutz und Gerechtigkeit auf breiter Front ist mittlerweile mehr als nur ein Slogan. Die Staats- und Regierungschefs sollten das Selbstvertrauen haben, sich zu einem neuen Sozialvertrag zu verpflichten, da ihre Wählerinnen und Wähler dies offensichtlich befürworten“, so Burrow.

Die Umfrage macht die Forderung der Menschen nach staatlichen Maßnahmen deutlich:

- 70% der Befragten wollen, dass die Regierungen mehr für Lohnerhöhungen tun.
- 73% geben an, dass die Regierungen mehr tun sollten, um sicherzustellen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern zahlen.
- 74% sagen, dass die Regierungen durch Investitionen in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung Arbeitsplätze schaffen sollten.

Eine Reform in diesen und anderen Bereichen würde dazu beitragen, das Vertrauen der Menschen in ihre Regierung wiederherzustellen, da etwas mehr als die Hälfte (52%) angibt, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen könnten, wenn sie Maßnahmen in sieben aufgelisteten Bereichen ergreifen würde, darunter Löhne und Arbeitsbedingungen, Klimaschutz, Pflgewirtschaft sowie Frieden und Sicherheit.

Der Klimawandel und die Auswirkungen neuer Technologien bereiten den Menschen weltweit erhebliche Sorgen. Knapp zwei Drittel (63%) glauben, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne CO₂-Emissionen zu fördern. Überall auf der Welt machen sich die Menschen zudem Sorgen über die Frage der Regulierung großer internationaler Technologieunternehmen und den Schutz ihrer (häufig schutzlosen) Arbeitskräfte.

„Die Macht und Dominanz großer Technologieunternehmen wurden während der COVID-19-Pandemie nur noch weiter ausgebaut. Es besteht ein klarer Handlungsbedarf, wenn zwei Drittel der Menschen wollen, dass ihre Regierungen etwas unternehmen, um diese Unternehmen höher zu besteuern, wobei viele (66%) eine stärkere staatliche Regulierung befürworten würden. Weder die Menschen noch die Regierungen dürfen sich vor der Macht dieser Unternehmen ducken. Die Folgen für Rechte und die Demokratie sind zu ernst, um sie zu ignorieren“, so Burrow.

Der IGB wird die Ergebnisse seiner [Weltweiten Umfrage 2020](#) bei einem Webinar vorstellen, bei dem es um die Entwicklungen bezüglich eines neuen Gesellschafts- oder Sozialvertrages in Argentinien, Österreich und Nigeria geht.

Rückfragen:

**younion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge**

**Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium**

thomas.kattnig@younion.at

www.younion.at

<https://www.facebook.com/younion.at/>

https://twitter.com/younion_at

Quellen:

Europäische Kommission, Europäische Umweltagentur (EUA), Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), Europäisches Parlament, Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), ÖGB-Europabüro, orf.at, UNI Europa, UNI Global Union, Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG), Vereinte Nationen;